Bundesagentur für Arbeit

Von der Stempelbude zum modernen Dienstleister

Dr. Hartmut Reichardt

(Quelle: Die Geschichte der deutschen Arbeitsverwaltung, Bundesagentur für Arbeit, Führungsakademie Lauf)

Nachkriegszeit

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges waren die Arbeitsämter einer der wichtigsten Behörden im Wiederaufbau. Denn alle arbeitsfähigen Frauen von 15 bis 50 Jahren und Männer von 14 bis 65 Jahren waren zur Arbeitsleistung verpflichtet. Wer sich nicht beim Arbeitsamt meldete, bekam nicht die dringend benötigten Lebensmittelkarten. Angesichts einer dramatischen Inflation waren aber Arbeitsplätze nur dann begehrt, wenn sie eine Entlohnung in Naturalien versprachen. Daher war es schwierig für die Arbeitsämter genügend Arbeitskräfte für die Trümmerbeseitigung und das produzierende Gewerbe zu rekrutieren. Dieses änderte sich mit der Währungsreform im Jahr 1948. Die Arbeitslosigkeit stieg Anfang der 1950-er Jahre nicht nur in Hildesheim, sondern bundesweit, aufgrund des Bevölkerungszuwachs durch Kriegsheimkehrer, Heimatvertriebene und Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone stark an. Im Jahr 1949 waren im Durchschnitt im damaligen Arbeitsamtsbezirk Hildesheim 15.741 Menschen arbeitslos.

Am 1. April 1957 trat die große Novelle des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Kraft. Damit einhergehend war die Erweiterung der Aufgaben der Bundesanstalt um die Berufsaufklärung, die der Berufsberatung vorausgehen sollte. Die Arbeitsämter führten nun regelmäßige Schulbesprechungen und Elternabende durch und bald darauf entstanden erste berufskundliche Tonfilme sowie Diaserien. Im Jahr 1956 zählte der damalige Landkreis Hildesheim 4.880 Arbeitslose. In Folge des Wirtschaftsbooms sank die Zahl der Arbeitslosen in den kommenden zehn Jahren rapide. 1965 zählte Landkreis nur noch 1.567 Arbeitslose. In dieser Zeit galt es für die Arbeitsverwaltungen die so dringend benötigten Arbeitskräfte aus dem Ausland anzuwerben. Die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übernahm ab Mitte der 1960-er Jahre die Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte. Es wurden spezielle Anlaufstellen in Schwerpunktregionen eingerichtet, Sprachkurse durchgeführt, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie der Bau von Unterkünften für die Gastarbeiter gefördert.
Auch in Hildesheim war der Bedarf zum Beispiel bei den Blaupunkt-Werken hoch. Viele der sogenannten Gastarbeiter waren ungelernt und kamen meist aus Südeuropa. Ein Großteil der angeworbenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kam, holte die Familie nach und blieb für immer. Aufgrund der bundesweit rückläufigen Arbeitslosenzahlen und dem Übergang zur Vollbeschäftigung sank die Beschäftigtenzahl der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von ca. 36.000 im Jahr 1952 auf ca. 24.000 im Jahr 1961. Durch die zurückgegangene Arbeitsbelastung in den Ämtern wurden der Bundesanstalt im Jahr 1964 die Gewährung des Kindergeldes komplett übertragen.

Der wirtschaftliche Strukturwandel hatte sich in den 1960-er Jahre deutlich beschleunigt. Der technische Fortschritt führte dazu, dass viele traditionelle Berufe verschwanden und zeitgleich viele neue entstanden. Zudem genügten häufig nicht mehr die Kenntnisse, die während einer Berufsausbildung erworben worden sind. Die Folge war ein kurzzeitiger Anstieg der Arbeitslosen und viele Branchen klagten über Fachkräftemangel. Im damaligen Landkreis Hildesheim waren im Jahr 1966 insgesamt 2.033 Menschen ohne Arbeit.
Die Einführung des Arbeitsförderungsgesetzes im Jahr 1969 ermöglichte der Bundesanstalt aktiv gestaltend und vorausschauend auf Arbeitsmarktprozesse Einfluss zu nehmen. Im Zeichen des Wandels folgte die

Industrigeschichte in Hildesheim von 1945 bis 2020, ein Projekt der Volkshochschule Hildesheim gGmbH mit freundlicher Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung.

Umbenennung in Bundesanstalt für Arbeit. Der Bundesanstalt wurden neue Aufgaben übertragen: die Förderung der Aus- und Weiterbildung und es wurden Job-Vermittlungen eingerichtet, die Tagelöhner oder Personal auf Zeit vermittelten. Im Arbeitsamt Hildesheim nahm der „Job-Dienst“ im Januar 1975 seine Arbeit auf. In einer Pressemitteilung des Amtes hieß es: „Die Vermittlung erfolgt rasch, unbürokratisch, gebührenfrei. Ein Anruf genügt.“
Mit Ende des Wirtschaftswunders, kennzeichnend durch die Ölkrise im Jahr 1973 endete die Anwerbung von Gastarbeitern aus dem Ausland. Die Arbeitslosigkeit nahm wieder deutlich zu. Der Landkreis Hildesheim verzeichnete im Jahr 1976 insgesamt 8.228 Arbeitslose. In dieser Zeit trat das Thema Dauerarbeitslosigkeit mehr und mehr in den Fokus. Im Jahr 1976 waren 18% der Arbeitslosen länger als ein Jahr ohne Arbeit. In diesem Jahr erfolgte der Spatenstich für das neue Arbeitsamtsgebäude Am Marienfriedhof 3 in Hildesheim, dass im Herbst 1978 bezogen worden ist. Bis dato war das Arbeitsamt auf vier Liegenschaften im Stadtgebiet verteilt.

Ende der 1970-er Jahre suchten die Arbeitgeber händeringend Fachkräfte. Die Liste der nachgefragten Arbeitskräfte ist teilweise gleich zusetzen mit der, die 40 Jahre später gesucht Bus- und Lastwagenfahrer/innen, Bäckermeister/innen, Maler/innen, Bauchfacharbeiter/innen, Glaser/innen, Kfz-Mechaniker/innen, Bauschlosser/innen, Koch/Köchinnen, Pharmazeutisch-Technische Assistenten. Daneben wurden noch Schriftsetzer/innen, Behälterbauer/innen, Batteriearbeiter/innen, Steno-/Kontoristinnen und Phonotypistinnen und Servierer/innen gesucht.
Bis zum Jahr 1986 stieg die Arbeitslosigkeit im Landkreis Hildesheim auf 10.216 Personen an. In den Folgejahren verzeichnete der Kreis Hildesheim einen Zustrom von Aussiedlern aus den Ostblockstatten und Übersiedlern aus der Deutschen Demokratischen Republik. Die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung war die Arbeitslosigkeit in Hildesheim, aufgrund der starken Konsumgüternachfrage rückläufig. Nach dem Vereinigungsboom stieg die Arbeitslosigkeit bereits ab 1993 wieder an und erreichte im Jahr 1997 im Landkreis Hildesheim mit 14.154 ihren Höhepunkt. Im Jahr 1998 wurde das Sozialgesetzbuch III eingeführt, dass weitgehend die Rechtsansprüche im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik beseitigte und die Zumutbarkeitsregelungen hinsichtlich der Aufnahme von Arbeit verschärfte. Im November 1991 wurde in Hildesheim das Berufsinformationszentrum (BiZ) des Arbeitsamtes im Langen Garten feierlich eröffnet. Zuvor stand für ein bis zwei Wochen ein mobiles Informationssystem zur Verfügung, das Kurzfilme, berufskundliche Mappen und Ton-Cassetten für die Berufswahl anbot.

Anfang des 21. Jahrhunderts stürzten Fehler in der Vermittlungsstatistik die Bundesanstalt für Arbeit in eine Krise. Die Bundesregierung nahm dieses zum Anlass die Bundesanstalt zu einem Dienstleistungsunternehmen umzubauen. In Folge wurde die Bundesanstalt in Bundesagentur für Arbeit unbenannt und zu einer modernen und kundenorientierten Dienstleistungsbehörde umgebaut. Im Jahr 2001 wurde das sogenannte Kundenzentrum in der Arbeitsagentur Hildesheim eingeführt. Zu den Vorteilen dieses Geschäftssystems zählen die terminierte Beratung ohne lange Wartezeiten, die sofortige Klärung kleinerer Anliegen und die umgehende Bearbeitung von Leistungsanträgen.
Am 1. Januar 2005 trat dann das letzte Gesetz zur modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt – besser bekannt als Hartz IV – in Kraft. Damit wurde die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II zusammengeführt. Dieses war die Geburtsstunde der Jobcenter. In Folge der Zusammenlegung ist die Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 deutlich angestiegen und erreichte im Jahr 2006 einen neuerlichen Höchststand von 16.728 Arbeitslosen im Landkreis Hildesheim.

Im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise im Jahr 2008 prognostizierten Experten eine deutliche Zunahme der Arbeitslosigkeit. Dieses hat sich zum Glück nicht bewahrheitet. „Qualifizieren statt entlassen“ hieß die Devise der Bundesagentur für Arbeit, die durch das Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität den Einsatz die Möglichkeit bekam, Kurzarbeit massiv zu fördern. Im März 2009 hatten 165 Betriebe aus Hildesheim und Peine für insgesamt 4.126 Arbeitnehmer/innen konjunkturell bedingte Kurzarbeit angezeigt. Viele Betriebe nutzten die Möglichkeit und qualifizierten ihr kurzarbeitendes Personal. Die Arbeitslosigkeit lag im Jahr 2009 bei 12.695 Personen im Landkreis.

Industrigeschichte in Hildesheim von 1945 bis 2020, ein Projekt der Volkshochschule Hildesheim gGmbH mit freundlicher Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung.

Nach der Wirtschaftskrise sind die Arbeitslosenzahlen stetig gesunken. Auch die Flüchtlingskrise in Europa, die im Jahr 2015 einsetzte, hat daran nichts geändert. Hier hat die Bundesagentur für Arbeit erneut unter Beweis gestellt, wie schnell sie sich an Veränderungen anpassen kann. Im Jahr 2018 lag die Zahl der Arbeitslosen im Kreis Hildesheim bei 8.898 Personen.
Experten prognostizieren für das Jahr 2019 weiterhin sinkende Arbeitslosenzahlen und steigende Beschäftigung. Wie in den 1970-er Jahren ist auch heute das Thema Fachkräftemangel in einigen Branchen akut. In Hildesheim gibt es erhöhte Bedarfe an Arbeitskräften in den Bereichen Pflege, Gesundheit, Erziehung, Lager, Logistik und Einzelhandel. Das Thema Fachkräfte wird die Bundesagentur für Arbeit auch in den Folgejahren begleiten. Durch den stetigen technologischen Wandel, ändern sich die Berufe und Arbeitsbedingungen. Hier qualifiziert die Arbeitsagentur nicht nur Arbeitslose sondern auch Arbeitnehmer/innen gezielt entsprechend der Bedarfe der Unternehmen. Auch selbst hält die Bundesagentur Schritt mit den technischen Neuerungen und passt ihre Dienstleistungen für ihre Kunden an. In den letzten Jahren wurden insbesondere die Online Angebote für Kunden stark ausgebaut. Die Arbeitswelt wird insgesamt immer mobiler und flexibler. In ihrer 67-jährigen Geschichte hat sich die Bundesagentur für Arbeit immer wieder neuen Herausforderungen und Aufgaben gestellt und ist somit gut gerüstet für die Zukunft.

Exkurs Neubau Arbeitsamt

Das Arbeitsamt Hildesheim war nach dem Ende des zweiten Weltkriegs in einem im Jahr 1936 errichteten Gebäude in der Ohlendorfer Straße untergebracht. Dieses Gebäude erwies sich in seiner ursprünglichen Form als zu klein. Nicht nur durch die zwangsläufige einsetzende vermehrte Inanspruchnahme der Dienste des Arbeitsamtes in den Nachkriegsjahren, sondern auch zum Teil durch die erhebliche veränderte und ausgeweitete Aufgabenstellung und durch die Ausweitung des Amtsbezirkes um wesentliche Teile des Bezirks Alfeld, machten verschiedene Um- und Ausbauten des alten Gebäudes notwendig. Bezogen auf die Bebaubarkeit des Grundstückes waren hier jedoch Grenzen gesetzt.

Erste Überlegungen eines Neubaus gab es bereits in den 50-er Jahren. Die Engpässe wurden aber durch Anmietung zusätzlicher Räume beseitigt bzw. gemildert. Auf Dauer war dieses jedoch keine Lösung der vorhandenen Probleme. Nicht nur die internen Arbeitsabläufe wurden durch die räumliche Trennung erschwert, sondern auch für die Besucher des Amtes traten Erschwernisse durch viele – zum Teil unnütze – Wege auf. So war das Arbeitsamt Hildesheim in vier verschiedenen Gebäuden im Stadtgebiet untergebracht.
Mitte der 60-er Jahre wurden Überlegungen hinsichtlich der Errichtung eines neuen Dienstgebäudes erneut aufgegriffen. Im Jahr 1971 kam es dann zum Kauf des jetzigen Grundstückes und ein Jahr später erhielt das Staatshochbauamt Hildesheim den Auftrag mit der Erstellung der Planungsunterlagen. Am 23. Februar 1976 erfolgte der erste Spatenstich und nach einer 2,5-jährigen Bauzeit war das Gebäude am 31. August 1978 planmäßig übergabereif. Seit dem 6. September arbeiteten alle Abteilungen in Hildesheim wieder unter einem Dach. Die offizielle Einweihung folgte dann am 8. Dezember 1978 in Anwesenheit des damaligen Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Herrn Josef Stingl. Die Baukosten beliefen sich laut den Planungsunterlagen auf rund 13,5 Millionen DM.

Heidemarie Härich, Arbeitsvermittlerin in der Agentur für Arbeit Hildesheim erinnert sich:

Der Begriff: ich „gehe Stempeln“ oder ich „stemple“ stammt daher: in den 1960er Jahren und davor gab es nur wenige Überweisungen. Das Arbeitslosengeld wurde einmal pro Woche ausgezahlt und zwar nur an die Personen, die auch erschienen sind. Es wurde der Kunde auf dem zahlbogen eingetragen und somit abgestempelt. Wer nicht kam, erhielt auch keine Leistungen. Dazu fuhren Kollegen in die einzelnen Dörfer und dort wurde meistens in den Gaststätten das Arbeitslosengeld ausgezahlt. Es gab dazu Zahlbogen, die noch bis 1970 genutzt wurden.
Als die Grenzöffnung 1989 kam, wurden noch Restbestände von Zahlbogen im Landesarbeitsamt gesichtet, die inzwischen überflüssig waren. Da es in den neuen Bundesländern mit den Überweisungen technisch nicht funktionierte, kamen die Zahlbogen wieder zum Einsatz. Übrigens war mein Ehemann in Sangerhausen einge-

Industrigeschichte in Hildesheim von 1945 bis 2020, ein Projekt der Volkshochschule Hildesheim gGmbH mit freundlicher Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung.

setzt und hat dort die Leistungsabteilung mit aufgebaut (u.a. Kollegen eingearbeitet usw.). Da es dort im gesamten Arbeitsamt nur ein Telefon gab und die Verbindung in die alten Bundesländer sehr schlecht war oder gar nicht funktionierte, durfte er bereits freitags um 12.00 Uhr an der ehemaligen Grenze sein, um an der örtlichen Telefonzelle die Bestellung für die nächste Woche (Stifte, Stempel, Locher, Papier, Vordrucke usw.) an mich durchzugeben. Die Materialien wurden dann zu Hause umgepackt.

Schnelldienst bis in den 1970 er Jahren:

Der Schnelldienst begann vom Mo – Fr. ab 6.00 Uhr. Firmenwagen kamen vorbei u. haben die „Tagelöhne“ sofort mitgenommen. Diese haben dann für einen Tag Arbeit gehabt. Es handelt sich dabei meistens um Personen die nicht sesshaft waren. Das Arbeitsentgelt wurde ihnen tägl. Ausgezahlt.

Studentenvermittlung:

War sehr erfolgreich. Studentenjobs u.a. Weihnachtsmannvermittlung, Babysitting, Nachhilfe, Verkaufshilfen, Promoter/innen in den Einzelhandelsgeschäften, Montiertätigkeiten in den Ferien.

Schlechtwettergeld:

Wenn Baufirmen in der Schlechtwetterperiode Arbeiten ausgeführt haben, wurde das u.a. durch Verleihung/Anmietung von Winterbauzelten gefördert. Ganze Hausneubauten wurden „eingepackt“. Die erforderlichen Heizgeräte wurden auch vom Arbeitsamt gestellt oder bezahlt. Die Arbeitnehmer bekamen für jede Stunde geleistete Arbeit in der Schlechtwetterzeit 2,00 DM pro Stunde zusätzlich ohne Abzüge (Wintergeld), um ihren Einsatz zu fördern.

Sämtliche Inhalte dieses Textes (Text, Bilder, Grafiken) sind urheberrechtlich geschützt. Soweit nicht anders gekennzeichnet, liegt das Urheberrecht bei Dr. Hartmut Reichardt. Eine über das Lesen und Speichern hinausgehende Nutzung der Inhalte bedarf in jedem Fall einer vorherigen schriftlichen Zustimmung des Autors*der Autorin und der VHS Hildesheim. © 2020, Dr. Hartmut Reichardt

Industriegeschichte in Hildesheim von 1945 bis 2020, ein Projekt der Volkshochschule Hildesheim gGmbH mit freundlicher Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung.